

Musterbrief zur Aushöhlung des Rechts auf Privatkopie

Betreff: Reform des Urheberrechts

Sehr geehrte Frau Ministerin Zypries, sehr geehrter Herr Minister Seehofer, sehr geehrte Frau Ministerin Schawan, sehr geehrte/r Abgeordnete/r meines Wahlkreises,

muss ich in Zukunft wegen einer Privatkopie ins Gefängnis? Diese Botschaft geht vom vorliegenden Gesetzesentwurf zum Urheberrecht aus. Statt den Rechten und Bedürfnissen der Nutzer und Urheber gerecht zu werden, droht eine weitere Verschlechterung für die Nutzer auf der Suche nach einem fairen Interessenausgleich. Weder Nutzer noch Urheber werden profitieren, sondern lediglich die Medienkonzerne.

Ich bitte Sie, die ohnehin schon beschränkten Rechte der Nutzer nicht noch weiter einzuschränken, den Datenschutz zu wahren und drohende Nachteile und Sicherheitsrisiken durch Kopierschutzsysteme abzuwenden.

Ich unterstütze ausdrücklich die Forderungen der Verbraucherzentralen und die vom Europäischen Verbraucherverband BEUC veröffentlichte Charta digitaler Verbraucherrechte (http://www.consumersdigitalrights.org/cms/declaration_de.php). Die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Informationsgesellschaft bietet genug Spielraum, diese Verbraucherrechte wirksam zu gewährleisten.

Insbesondere appelliere ich an Sie,

- sich dafür einzusetzen, das Recht auf Privatkopie gesetzlich so zu verankern, dass Nutzer ohne Angst vor strafrechtlichen Sanktionen zum Beispiel legal erworbene Musik für private Zwecke vervielfältigen dürfen.
- eine Bagatellklausel einzuführen, die Nutzer vor einer Kriminalisierung schützt. Urheberrechtsverstöße im Internet erfolgen oftmals eher aus Unkenntnis als aus krimineller Energie.
- Kopierschutzsysteme zu verbieten, die mit Nachteilen und Risiken für den Nutzer verbunden sind.
- dafür Sorge zu tragen, dass der freie Zugang zu Wissen und Kultur sichergestellt wird. Schulen muss es erlaubt sein, Unterrichtsmaterial in schuleigenen Intranets zur Verfügung zu stellen. Bibliotheken müssen ihr umfassendes Informationsangebot – auch in Form des elektronischen Kopienversands - beibehalten dürfen.
- zu verhindern, dass DRM-Technologien den Datenschutz aushebeln.
- sich gegen einen Auskunftsanspruch einzusetzen, wonach Internet-Diensteanbieter verpflichtet würden, Nutzerdaten an Inhaber von Urheberrechten weiterzugeben. Zu befürchten wäre eine Flutwelle von Abmahnungen und erhebliche Anwaltskosten.

Mit freundlichen Grüßen

(Name, Adresse)
(Datum)